

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Dezember 1959

62/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. K r a n z l m a y r, Dr. M a l e t a, M i t t e n-d o r f e r und Genossen
 an den Vizekanzler,
 betreffend einen Fall von Gesinnungsterror bei den Vereinigten
 Österreichischen Eisen- und Stahlwerken in Linz.

-.-.-

Das Gemeindeausschussmitglied von St. Marien an der Krems, Herr Wilhelm Großauer; ist bei den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken in Linz in der Grobblechadjustage beschäftigt. Am 17.11. d. J. wurde Herr Großauer von ^{Nationalrat} Karl Krammer und noch einem Herrn an seinem Arbeitsplatz in den VÖEST aufgesucht und unter Hinweis auf den Arbeitsplatz in den VÖEST aufgefordert, als Gemeindeausschussmitglied von St. Marien an der Krems zurückzutreten. Herr Großauer hat dann am 18.11. an den Bürgermeister von St. Marien an der Krems geschrieben und seine Stelle als Gemeindeausschussmitglied zurückgelegt. In dem Schreiben heisst es u.a.:

"Am 17.11.1959 wurde ich von den Herren der Landesparteileitung der SPÖ Bundesrat Krammer und dessen Bezirkssekretär von Linz - Land an meinem Arbeitsplatz in den VÖEST (Grobblechadjustage) aufgesucht und eine sofortige, vordiktierte Erklärung meines freiwilligen Rücktrittes als Gemeindeausschussmitglied an den Herrn Bürgermeister von St. Marien, ohne der Möglichkeit, diese in gegenständlicher Form zu verfassen, abverlangt.

Weiters wurde mir noch mein Arbeitsplatz vorgehalten, ob mir bewusst wäre, wo ich stehe, und habe schliesslich eine formlose, freiwillige Verzichtserklärung meines Gemeindemandates den Herren gegeben. Ich erkläre nun hiemit auf Wunsch der SPÖ-Fraktion St. Marien und auf Grund deren Intervention bei den angeführten Herren der Landesparteileitung meinen Austritt als Gemeindeausschussmitglied der SPÖ-Fraktion und stelle somit mein Mandat einem Ersatzmitglied frei.

Die von mir am Arbeitsplatz abverlangte Erklärung an den Herrn Bürgermeister von St. Marien erkläre ich für gegenstandslos, da der Wortlaut "freiwillige" nicht der reinen Wahrheit entspricht und ich befürchte, dass ansonsten mein Rücktritt von seiten der SPÖ-Fraktion nicht zur Kenntnis genommen wird."

Nach Ansicht der Anfragesteller liegt hier ein eklatanter Fall von Gesinnungsterror vor. Sie richten daher an den Herrn Vizekanzler die

A n f r a g e :

- 1.) Ist der Herr Vizekanzler bereit, eine strenge Untersuchung insbesondere in der Richtung durchzuführen, wieso es möglich ist, dass politische Funktionäre die Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz aufsuchen und erpressen ?
- 2.) Was gedenkt der Herr Vizekanzler zu unternehmen, damit solche oder ähnliche skandalöse Vorfälle in Zukunft unterbleiben ?